

Antrag Nr. 19-O-22-0008

CDU

Betreff:

Busnutzung durch Postverteiler im öffentlichen Nahverkehr [CDU]

Antragstext:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, bei den zuständigen Stellen der Post vorstellig zu werden, mit dem Ziel einer Vereinbarung, dass Postzusteller angewiesen werden, Personen mit Kinderwagen und Rollstuhlfahrern uneingeschränkt den Vorrang, auf den dafür vorgesehenen Plätzen, in den Bussen des öffentlichen Nahverkehrs zu überlassen.

Begründung:

Der Antrag deshalb im Schiersteiner Ortsbeirat, weil, am hier in der Stielstraße ansässigen Postverteilzentrum, die Problematik am gravierendsten erscheint. Teilweise bis zu 6 Postverteiler warten hier, mit ihren Transportwagen, auf die ankommende Busse, um zu ihren Verteilbezirken zu gelangen. Für Personen mit Kinderwagen oder Rollstuhlfahrern, ist in der Folge daher oftmals die Mitfahrt nicht mehr möglich, da bereits alle verfügbaren Plätze durch die Transportwagen der Postverteiler besetzt sind. Die Postverteiler beharren bisher fast ausnahmslos auf ihrem Bleiberecht als Ersteinsteiger. In der Folge kommt es zu vermehrten Klagen, dass durch Personen mit Kinderwagen oder Rollstuhlfahrern z. B. Kinderkrippen nicht planmäßig erreicht werden oder Arzttermine nicht eingehalten werden können.

Es ist unseres Erachtens den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt nicht zu vermitteln, dass Gewerbetreibende, wie vorstehend beschrieben, zu Lasten von Privatpersonen den öffentlichen Nahverkehr dieser Stadt nutzen.

Von daher die Bitte, schnellstmöglich klare Regelungen zu erreichen, die diesem Zustand ein Ende setzen.

Wiesbaden, 08.05.2019